

Thüringer Landtag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/2623
zu Drucksache 8/2001
16.12.2025

Antrag

der Fraktion Die Linke

Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 8/2001 -

Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landshaushaltsplans für die Haushaltsjahre 2026 und 2027 (Thüringer Haushaltsgesetz 2026/2027 -ThürHhG 2026/2027-)

Azubiwerk auf den Weg bringen und Strukturen für Auszubildende in Thüringen langfristig verbessern

I. Der Landtag stellt fest, dass

1. Thüringen aufgrund demografischer Entwicklungen bis 2035 ca. 250.000 Fachkräfte benötigt;
2. die rund 26.100 (Stand: 2023) Auszubildende in Thüringen mit steigenden Lebenshaltungskosten, insbesondere mit explodierenden Mieten in größeren Städten wie Jena, Weimar und Erfurt zu kämpfen haben;
3. mit der Einrichtung eines Azubiwerks in Thüringen das Ziel verfolgt wird, analog zum Studierendenwerk, Ausbildungs-, Wohn- und Lebensbedingungen von Auszubildenden in Thüringen dauerhaft zu verbessern, deren Mitbestimmungsrechte zu stärken und bestehende Angebote der Beratung und Unterstützung von Auszubildenden in Thüringen einzubeziehen.

II. Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. auf der Grundlage des Antrags „Lebens-, Ausbildungs- und Wohnbedingungen für Azubis verbessern – Azubiwerk für Thüringen schaffen“ (DRS 8/749 Neufassung) und der Auswertung der Anhörung in den Ausschüssen des Thüringer Landtags die Möglichkeiten für die Einrichtung eines Auszubildendenwerkes zu prüfen und dem Landtag bis Juni 2026 die Ergebnisse vorzulegen;

2. in Austausch mit dem DGB Hessen-Thüringen, die personellen, sachlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu erörtern, die notwendig wären für den Aufbau eines Azubiwerks in Thüringen;
3. eine jährlich stattfindende, landesweite Auszubildendenkonferenz ab 2027 zu initiieren, unter fachlicher Vorarbeit der Landesregierung und Beteiligung von Auszubildendenvertretungen, Jugendverbänden, Betriebs- bzw. Arbeitgebervertretungen.

Begründung:

Aufgrund demografischer Entwicklungen benötigt Thüringen, laut Arbeitsmarktstudien bis 2035 mehr als 250.000 Fachkräfte. Ausbildungsberufe und deren Rahmenbedingungen müssen deshalb dringend attraktiver gestaltet und Absolventinnen und Absolventen im Land gehalten werden.

Laut Ausbildungsreport aus dem Jahr 2024/25 hat man in Thüringen im Vergleich zu anderen Bundesländern rein rechnerisch gute Chancen, einen Ausbildungsplatz zu erhalten. Viele Auszubildende klagen aber über Probleme. So geben über 62 Prozent der Befragten laut Ausbildungsreport des DGB an, von ihrer Vergütung nicht leben zu können. Zudem ging das Angebot der gemeldeten Ausbildungsstellen gegenüber dem Vorjahr um 5,7 Prozent zurück. Die Rahmenbedingungen der dualen Ausbildung müssen sich daher für Auszubildende dringend hinsichtlich Lebens-, Ausbildungs- und Wohnbedingungen sowie Mitbestimmungsrechten (analog zum Studierendenwerk) verbessern. Dabei sind bereits bestehende Strukturen, insbesondere das Förderprogramm „Junges Wohnen“ einzubeziehen.

Für die Fraktion:



Mitteldorf